

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tagesblatt Auer Erzgebirge. Fernsprecher 53. Für unerlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Anzeigerpreis: Das Auer Tageblatt kostet monatlich 1.00 Mk. Bei halbjährlicher Bestellung 5.00 Mk. Bei jährlicher Bestellung 10.00 Mk. Die Anzeigerpreise sind für die ersten 10 Zeilen bestimmt. Für längere Anzeigen wird ein besonderer Preis vereinbart. Die Anzeiger werden in der Regel am Montag vor dem Erscheinen des Blattes angenommen. Die Anzeigerpreise sind für die ersten 10 Zeilen bestimmt. Für längere Anzeigen wird ein besonderer Preis vereinbart. Die Anzeiger werden in der Regel am Montag vor dem Erscheinen des Blattes angenommen.

Nr. 276

Mittwoch, den 27. November 1918

13. Jahrgang

Der Notstand der Sächsischen Industrie.

Nachklänge zur Berliner Reichskonferenz.

Eine Erweiterung der Regierung.

Über die Reichskonferenz in Berlin berichtet das „V. T.“: Während der Verhandlungen trat immer deutlicher zutage, daß ein gewisser Gegensatz zwischen der Regierung und einer Anzahl von Ministern der Bundesstaaten, namentlich der süddeutschen Bundesstaaten, besteht. Gleichwohl tritt er erfreulicherweise zurück hinter den Bestrebungen der Regierung, die Reichseinheit zu erhalten. Man scheint zu diesem Zweck eine Regierung schaffen zu wollen, in der alle Bundesstaaten oder doch wenigstens die größeren — vornehmlich die süddeutschen — vertreten sind. Die jetzt bestehende Regierung wird voraussichtlich zu diesem Zweck erheblich erweitert werden. Bei einer Reihe von Teilnehmern der Konferenz scheint die Ansicht vorzuherrschen, das letzte Ministerium in seiner bisherigen Zusammenfassung bestehen zu lassen, außerdem aber eine Art Reichspräsidium zu schaffen, das die Reichsgeschäfte provisorisch leiten soll.

Welter wird aus Berlin mitgeteilt: Ein wesentlicher Punkt der Debatte war die Zusammensetzung der Reichsregierung. Obert stellte dazu fest, daß die gesamte politische Stellung nicht bei den Fachministern, sondern bei den Volksbeauftragten liegt, welche alle politisch wichtigen Entscheidungen fällen. Staatssekretär Wolf, den Gieser als einen Vertreter des alten Systems angegriffen habe, sei während des ganzen Tages ein Vorfechter der Verständigungsgebilde gewesen. Erzberger habe den Auftrag zur Erfüllung der Verhandlungen schon von der alten Regierung bekommen und war angeht der bei Tag und Nacht zu führenden Verhandlungen, gornicht zu unterbreiten. Staatssekretär Erzberger erwiderte Gieser: Es sei ein gründlicher Irrtum, zu glauben, daß eine andere Zusammenlegung der Waffenstillstandskommission bessere Bedingungen ergäbe hätte. Wenn Gieser aber Clemenceaus Liebe zum Sozialismus Klarheit gewonnen wolle, brauche er sich nur anzusehen, wie Clemenceau die Sozialisten bei der Wählungen behandle. Beim Vortreten des Disputationsgebietes habe er dort sämtliche Arbeiter- und Soldatenräte aufgelöst und davon Mitglieder seien eiligst geflüchtet, weil sie fürchten mußten, erschossen zu werden. Admiral Beatty habe die Vertreter der Matrosenräte überhaupt nicht empfangen. Auch Volksbeauftragter Gaaß hob hervor, daß die Entente mit einem Staat nicht verhandeln werde, in dem Chaos herrscht. Besonders bemerkenswert waren seine Ausführungen über die Arbeiter- und Soldatenräte. Er betonte die Notwendigkeit ihrer Zusammenfassung über ganz Deutschland, denn es sei ein Mißstand, daß der Berliner Rat für alle sprechen müsse.

Nähertritt Dr. Solfs?

Nach dem bisherigen Verlauf der Besprechungen der Vertreter der einzelnen Bundesstaaten, rechnet die „Freiheit“, das Organ der Unabhängigen, damit, daß der Staatssekretär Dr. Solf, dessen Haltung die schärfste Kritik der Versammelten herausforderte, in der aller nächsten Zeit seinen Abschied einreichen wird.

Forderungen eines Bauernrates.

In der Mark Brandenburg hat sich ein Bauernrat gebildet. Er fordert 1. bessere Volksernährung durch möglichst freiwillige Abgabe der Lebensmittel, 2. eine Bauernwehr im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung und der Volksernährung, 3. Mitwirkung der Bauern bei allen Entscheidungen des öffentlichen Wirtschaftslebens, 4. Mitarbeit in der Ueberführung des landwirtschaftlichen Großbesitzes in den Besitz von Bauern, rückichtslos gegen die bisherige Besetzung der Großgrundbesitzer bei der Abgabe von Lebensmitteln, Vieh usw.

Das Gesetz für die Nationalversammlung.

Die Reichsregierung verlei gestern das Wahlgesetz für die Nationalversammlung. Es ist bestimmt zu erwarten, daß mit dem Gesetz auch der Termin der Wahl bekanntgegeben wird.

Streik in Berlin und im Reich.

Die Arbeiterchaft der Daimler-Motoren-gesellschaft in Berlin, Marienside befindet sich im

Streik. Mit den Arbeitern (etwa 2000 Mann) haben auch die Beamten der Gesellschaft ihre Tätigkeit niedergelegt, so daß der gesamte Betrieb stillliegt. Die Arbeiter verlangen Abschaffung des Affordbrognes, an dessen Stelle angemessene Tageslohnung treten soll. Der Berliner Metallarbeiterstreik dauert noch an und hat jetzt noch auf verschiedene andere Gebiete übergriffen. Die Meldung, daß der Bergarbeiterstreik bereits beigelegt sei, trifft nicht zu. Es ist richtig, daß in Oberschlesien die Belegschaften verschiedener Gruben wieder eingeschrieben sind, doch sind aber die Belegschaften anderer Gruben ausständig geworden. Auch aus dem Rheinlande wird berichtet, daß der Streik dort in gleicher Stärke fort dauert.

Vom Waffenstillstande.

Notes aus den Verhandlungen.

Über die Verhandlungen der Waffenstillstandskommission vom 24. d. M. wird gemeldet:

Zur beschleunigten Regelung der Angelegenheit der Gefangenen luden die deutschen Vertreter die Vertreter der Alliierten zu Besprechungen nach Berlin ein. Die Einladung wurde angenommen. Vertreter Frankreichs, Englands und Amerikas sollen in einigen Tagen in Berlin eintreffen. Der englische Vertreter übergab im Auftrag der englischen Regierung eine sehr scharf gehaltene Erklärung über die schlechte Behandlung der britischen Kriegsgefangenen. Es würden die verantwortlichen Personen gegebenenfalls zur Rechenschaft gezogen, voller Ersatz verlangt und die Bedingungen des Waffenstillstandes eventuell mit Gewalt durchgesetzt werden. Der deutsche Vertreter protestierte sofort gegen vorzeitige Besetzung von Orten in der Pfalz und vorzeitige Gefangenennahme deutscher Soldaten auf linksrheinischem Gebiet.

Dem französischen General Dubaut ist von der Waffenstillstandskommission folgende Note überreicht worden: Hierher gelangten Nachrichten zufolge ist bei der Besetzung Elsaß-Lothringens durch die Alliierten der Verkehr zwischen diesen Gebieten und dem übrigen Deutschland gänzlich unterbrochen worden. Dies verstoßt nicht nur auf den Personen- und Güterverkehr, sondern auch auf den Telegraphen-, Telegrammen- und Postverkehr. Hierdurch ist auch der Bahnverkehr zwischen Elsaß-Lothringen und dem übrigen Deutschland zum Stillstand gekommen. Es ohne weiteres ersichtlich ist, werden hierdurch Folgen hervorgerufen, welche das Wirtschaftsleben in den elsaß-lothringischen Gebieten auf das schwerste bedrohen. Die Wohngegenden an vielen Stellen nicht rechtzeitig beschafft werden. Ferner gehen die Gelder für angeführte Lieferungen nicht an die Empfangsberechtigten ein. Seit zwei Tagen sind ähnliche Zustände auch in den besetzten linksrheinischen Gebieten eingetreten, z. B. in Saarbrücken. Es wird gebeten, diese unhaltbaren Zustände, namentlich auch im Interesse der linksrheinischen Arbeiterschaft, die an erster Stelle hiervon betroffen wird, sofort abzustellen.

Verlängerung des Waffenstillstands-Vertrages?

Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ wird in parlamentarischen Kreisen bestimmt mit einer Verlängerung des am 17. Dezember ablaufenden Waffenstillstandsvertrages geredet.

Ein Gebietstausch am Rhein?

Dabas berichtet aus Paris: Der Kommissar für Berichtsfragen, Doubeur, besuchte die Fabriken in der Gegend von Brich, denen er für die aller nächste Zeit kräftige Unterstützung in Aussicht stellte. Doubeur sollte mit, daß französische und deutsche Verhandlungen am Mittwoch in Luxemburg zusammenkommen werden, um eventuellen Gebietstausch zwischen beiden Rheinfürern zu besprechen. „Wir werden Deutschland sagen“, erklärte er, „was das rechte Ufer für das, was es auf dem linken Ufer verlangt, anbieten wird.“

Ein amerikanischer Kriegsberichterstatter in Berlin.

Am Sonntag ist mit einem Flugzeuge der erste amerikanische Kriegsberichterstatter in Berlin eingetroffen. Es ist der Vertreter der „Chicago-Tribune“ Frederic Emil Smith, der bis zum Waffenstillstand im amerikanischen Hauptquartier an der Westfront war. Er stellt sich die Aufgabe, die amerikanische Offensiv-

schicht über die Lebensmittelnot in Deutschland zu unterrichten und dazu beizutragen, daß das deutsche Volk in seiner Ernährungsnot von Amerika schnelle Hilfe erhält.

Auslieferung des Kaisers verlangt. Kategorische Forderung der Entente.

Der Korrespondent Reuters in Belgien meldet: Ich erfahre aus guter Quelle, daß die von der französischen Regierung befragten Rechtsfachverständigen nach einer Untersuchung der Angelegenheit erklärt haben, daß es die Pflicht Hollands sei, die Auslieferung des Deutschen Kaisers zu besorgen und daß der Kaiser, da er keine offizielle Erklärung über seine Thronabdanung abgegeben hat und da er nicht das Recht hat, als Privatperson betrachtet zu werden, auch keine Ansprüche auf eine Zuflucht in Holland geltend machen kann. Die Alliierten erwägen ein gemeinsames Vorgehen, bei welchem die Auslieferung des Kaisers gefordert werden soll.

Wie die Züricher „Morgenzeltung“ aus Paris meldet, haben die Alliierten die holländische Regierung benachrichtigt, daß der Deutsche Kaiser Kriegsgefangener sei und daß für ein Entweichen aus Holland die Alliierten die holländische Regierung haftbar machen werden. Die Kommission zur Untersuchung der Verbrechen des Kaisers am Kriegsausbruch ist am Freitag zusammengesetzten.

(Wir wollen für Wilhelm II. keine Bange kriegen. Wenn es sich aber um die Bestimmung der am Kriegs Schuldigen handelt, dann muß man auch alle englischen Staatsmänner vom verstorbenen Edward VII. an und alle französischen Politiker von Poincaré bis Clemenceau zur Verantwortung ziehen. Sie gehören wegen ihrer Verbrechen gleichermäÙig vor einen Gerichtshof. D. Red.)

Die Schuld am Kriege.

Ein Protest des Auswärtigen Amtes.

Das Auswärtige Amt in Berlin erklärt zu der Veröffentlichung der Münchener Regierung über die Vorgeschichte des Krieges folgendes:

„Das Auswärtige Amt hat gegen die Veröffentlichung der Münchener Regierung über die Vorgeschichte des Krieges protestiert. Sie muß nach Ansicht des Auswärtigen Amtes gerade jetzt wie ein schwerer Schlag für unsere politische Arbeit wirken. Unsere Feinden und Verhandlungsgegner gibt sie eine Waffe in die Hand, die diese zu benutzen wissen werden. Die Veröffentlichung steht im Zusammenhang damit, daß der jetzige Vertreter Bayerns in Bern seiner Regierung auf Veranlassung eines Mittemannes Clemenceaus angeraten hat, Mitteilungen über die Vorgeschichte des Krieges zu veröffentlichen, weil ein Bekanntnis Deutschlands zur Schuld am Kriege dazu dienen würde, den Frieden schneller herbeizuführen. Nach unserer Auffassung unterliegt es keinem Zweifel, daß es Herrn Clemenceau nur darauf angekommen ist, uns ins Unrecht zu setzen. In dem schweren Irrtum, daß Clemenceau ein Mann wäre, der sich zur Milde stimmen ließe, wenn die Schuld am Kriege von Deutschland auf sich genommen würde, können wir heute verfallen, die sich von dem Charakter des französischen Ministerpräsidenten ein falsches Bild machen. Die Akten des Auswärtigen Amtes werden auf Anordnung des Staatssekretärs Dr. Solf vom Unterstaatssekretär Dr. David hinsichtlich der dem Kriegsausbruch vorausgegangenen diplomatischen Aktionen geprüft werden.“

Eine Rechtfertigungsschrift Tuchmann-Hollweg.

Nach einer Mitteilung der „Streu-Zig.“ beabsichtigt der frühere Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg eine Rechtfertigung seiner Politik zu schreiben. Nach dem genannten Blatte waren Bethmann-Hollweg und der frühere Staatssekretär v. Jagow am 2. November im Reichskanzlerhaus und beschäftigten sich mit der Sichtung des Materials.

rkaufloren
an o. V.
tellung
ber im
1808 z. Aus
Eintritt frei.
ue
iele
woch,
mber:
tnis
lers.
ch.
Harrn,
rete.
ett.
illungen,
und der
Aus und
ieder eine
hen,
sichtigung
i. Sa.,
tur
Maties.
chen
gendlichen
und in
die
eiel
blatt
ralle 19.
n
ber Bildie
ucht.
i. Z. 5281
01. 01. 01.
HAIET
n 2 rechts.
eine
Vohn.
uten für
t. Wagh.
uer Tals
eend
en und
t faufen
it Prets
er Tabl.
de vom
an-Don
ber mit
gute Be-
15 Abgung.